

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Anton Mahdalik und Ing. Udo Guggenbichler, MSc betreffend „Abschaffung der GIS Landesgebühr“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen zum Thema „Der Bund zahlt aus, Wien nimmt es raus - Stadt Wien greift eiskalt in die Taschen der Menschen! SPÖ-NEOS-Stadtregierung muss drohende Gebührenerhöhung aussetzen!“ am 23. September 2022

Die "GIS Gebühr" bzw. "ORF Gebühr", wie sie umgangssprachlich genannt wird, ist die österreichische Rundfunkgebühr. GIS steht dabei für das Unternehmen "Gebühren Info Service (GmbH)", welches seit 1998 mit der Einbringung, sowie Abrechnung dieser Gebühr beauftragt ist.

Sobald in einem Haushalt mindestens ein empfangsbereites Rundfunkgerät vorhanden ist, fällt man unter das Rundfunkgebührengesetz § 2 und hat dementsprechend die GIS- Gebühren zu zahlen. Diese wiederum setzen sich aus Fernsehgebühren (für den ORF), Radiogebühren, Programmentgelte, Kunstförderungsbeiträge und eben der Landesabgaben zusammen.

Jedes Bundesland legt die Höhe und den Verwendungszweck der Landesabgabe selbst fest, sie fließt dem jeweiligen Landesbudget zu. Für Wien wurde eine Erhöhung der Abgabe auf nunmehr Euro 5,80.- bestimmt. Die Bundesländer Vorarlberg und Oberösterreich haben diese Abgabe abgeschafft und dadurch die Rundfunkteilnehmer deutlich entlastet.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat

1. spricht sich für die Abschaffung der Wiener GIS Landesabgabe aus und
2. fordert die Wiener Stadtregierung, insbesondere den Herrn Bürgermeister und den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke“ auf, die Abschaffung der GIS Landesabgabe für Wien in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.